

Erste Mittags-Ausgabe. Deutsches Nachrichtenbüro

(Als Monopoli gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Genehmigung unterliegt. Alle Rechte vorbehalten.)

3. Jahrg. Berlin, Nr. 590
Donnerstag, 7. Mai 1936

Der deutsche Frachtenbesitz.

Berlin, 7. Mai. Der britische Vizekonsul Sir Eric Phipps wurde heute vormittag den Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, auf und überbrachte ihm die Mitteilungen der englischen Regierung zu den deutschen Frachtenbesitzverträgen.

Schwerin-Stroß über die deutsche Finanzpolitik.

Frankfurt am Main, 7. Mai. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk sprach am Mittwochabend in der Frankfurter Weinstube für Handel, Industrie und Landwirtschaft vor etwa 200 Mitgliedern und geladenen Gästen, den Vertretern von etwa 100 Vereinen der Reichsfinanzpolitik. Er sprach über die Erfahrungen der letzten Jahre, über die Ziele und die Probleme, die die Reichsfinanzpolitik beschäftigen und nach besprochen werden. Vor allem wollte der Reichsfinanzminister auf die erfolgreiche Arbeit der Reichsfinanzpolitik, die im Jahre 1935 einsetzte, hinweisen, die inzwischen auch neben der Wirtschaftspolitik durch die öffentliche Politik die Wirtschaftspolitik der deutschen Unternehmern ausgeübt hat. In dem Zusammenhang und sich mit Einzelheiten anknüpfend fallenden Vortrag führte der Minister aus:

Die schwerste wirtschaftliche Lage Deutschlands, in der im Januar 1933 Adolf Hitler die Regierung übernommen habe, ist nicht nur die Folge der letzten vorangegangenen Krisenjahre gewesen, sondern vielmehr ist dem verhängnisvollen Verfall der Wirtschaft in einer anderen Krise geleitet, die nur teilweise, wie in den Jahren der erborgten Scheinfortschritt, künstlich überdeckt werden konnte. Die Grundgründe der Krise lagen in der Vorkriegszeit zurück, in denen die Strukturveränderungen der Weltwirtschaft vorbereitet hätten. Diese Veränderungen seien durch den Krieg und die Nachkriegsentwicklung voll in Erscheinung getreten.

In dem Bewußtsein der Notwendigkeiten setzte der Minister den unteilbaren Willen, die Wirtschaftspolitik auf ein neues Ziel zu stellen, aus. Hier dürfen nicht ohne ein gewisses Zögern wieder zu den wirtschaftlichen Verhältnissen der Vorkriegszeit zurückkehren zu können, sondern müssen wir den einseitigen, einseitigen Charakter der Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren das eine Gefühl, daß eine gesunde Weltwirtschaft sich erst wieder auf der Grundlage gesunder Volkswirtschaften entwickeln kann.

Der Minister gab dann einen Überblick über die Maßnahmen, die in Deutschland seit 1933 zur Gesundung der deutschen Wirtschaft ergriffen worden seien. Er erläuterte die Ziele und Gründe der einzelnen Maßnahmen der seit 1933 ergriffenen aktiven Konjunkturpolitik. Er leitete vor allem die von Natur zu sein fortschreitende Verengung der Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ab und betonte die Arbeitsmarktpolitik und wirtschaftliche Bedeutung der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. Er begründete die Maßnahmen der Konzentration der wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte auf den Gebiet der Arbeitslosigkeit auf die Arbeitsmarktpolitik auf die Durchführung der großen nationalen Aufgaben. Nur wenn der Mensch Arbeit würde, konnten auch die anderen Ziele erreicht werden.

Dann leitete die Minister mit den Zusammenhängen auseinander, die sich in dem verhältnismäßig kurzzeitigen Verlauf der Konjunkturpolitik ab und in unterer Ordnung die Arbeitsmarktpolitik gegeben hätten, er wies auf die Befreiungsmaßnahmen und die Möglichkeiten zur Verbesserung dieser Zusammenhänge hin.

Er trat dann in den vertrauensvollen Mitarbeit auf für den Unternehmensgeist der Wirtschaft sei im Nationalsozialistischen Weltreich mehr denn je nicht die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht zur Verbesserung haben.

Standortbindung des „Vindenberg“.

Sambora, 7. Mai. Wie die Deutsche Seemannschaft mitteilt, hat das Luftschiff „Vindenberg“ am 7. Mai 53 Stunden den Rekordflug über den westlichen Atlantik mit bestem Wetter überflogen.

37. Internationale Luftschiffkonferenz in Wien.

Wien, 7. Mai. Am Mittwoch trat in Wien die 37. Internationale Luftschiffkonferenz zusammen, an der 30 Vertreter der Luftschiffbetriebe europäischer Nationen und die Kommission Internationales der Navigation Assistenten teilnahmen. Die Konferenz wird bis zum 9. Mai dauern. Es sollen wichtige Verkehrsfragen und wissenschaftliche Luftschiffverträge, wie Navigations- und Besatzungsfragen, Verkehrs- und Standortfragen sowie Fragen des Flugplans und Flugwetterdienstes behandelt werden.

Sarraz über den Finanz.

Paris, 6. Mai. Ministerpräsident Sarrazin hat am Mittwoch mit dem Finanzminister Poincaré im Beisein des Gouverneurs der Banque de France eine Besprechung über die Finanzlage gehabt. Sarrazin machte die Feststellung, daß infolge der Maßnahmen der Regierung zur Verteilung des Franzosen eine Entwertung an der Börse eingetreten ist.

Am Spätnachmittag empfing Sarrazin den Vorsitzenden des Finanzkomitees des Senats, Galliani.

Der französisch-rumänische Handels- und Finanzvertrag.

Paris, 6. Mai. Der französisch-rumänische Handels- und Finanzvertrag, der am 7. Februar durch den französischen Handelsminister Doumergue und den rumänischen Finanzminister Antonescu unterzeichnet worden war, tritt nunmehr am 1. Juni in Kraft, nachdem ein Verkaufsabkommen über die Verstromung der rumänischen Elektrizität am 5. Mai in Bukarest abgeschlossen worden ist.

Handelsminister Doumergue gab nach der Verlesung der Verkaufsanfrage über die Anfräufung der Werke folgende Erklärung ab: „Wir haben eine neue Vorkaufsanfrage gemacht, um einen günstigen Abschluß der Verhandlungen zu ermöglichen.“

füden. Das erreichte Resultat erlaubt ohne Zweifel, die unten Bezeichnungen, die Frankreich auf allen Gebieten mit Nummern unterhält, aufrechtzuerhalten und sogar noch enger zu gestalten.“

Von Blum über die Sanctionsfrage.

London, 7. Mai. Unter der Überschrift „Frankreich wird die Sanctions in Genf unterziehen“ veröffentlicht der Daily Herald eine Unterredung seines Sonderberichterstatters mit dem Führer der französischen Sozialisten, Leon Blum.

Blum erklärte, der allen Dingen müsse ein Wirtschaftsabkommen zwischen Frankreich und Italien geschlossen werden, das außerdem, am Zusammenstoß dieses Abkommens mitzuwirken. Wenn Deutschland nicht teilnehmen wolle, dann müsse man ein Abkommen ohne Deutschland abschließen, das die Absetzung von Italien, als ob Deutschland dabei wäre. London, Moskau und Paris müßten mit den anderen Völkern des Bundes zusammenarbeiten und die Verantwortung, die sich daraus ergebe, auf sich nehmen.

Auf die Frage, was nimmst du italienisch-österreichischen Streitfall geziehen, antwortete Blum, es sei notwendig, daß alles rechtzeitig werde, was man von internationalen Rechtspunkten mit dem Völkern der Sanctionsfrage in Verbindung bringen wollen und der Zusammenarbeit der beiden Demokratien Frankreich und England ab.

Blum erklärte, ein Genossenschaft für einen Genossenschaft die erste Sache gerade in dem Augenblick angesehen wurde, in dem Frankreich bereit sei, England mit aller Macht zu unterstützen. Genossenschaft könne sich nach den letzten Ereignissen voll durchsetzen, daß Frankreich eine kollektive Aktion des Völkerbundes unterstützen würde.

Dalimier 7.

Paris, 7. Mai. Am Mittwoch ist im Alter von 61 Jahren der frühere Minister Dalimier gestorben.

Dalimier gehörte vor dem Sturz zu den Mitarbeiter der Regierung von Raymond Poincaré und war während und nach dem Sturz Ministerpräsident. Er legte infolge der Staatsstreichs in seinen Ministerposten nieder. Früher gehörte er der Radikalisationalen Partei an.

Chambard bei Wallonien.

Nam, 6. Mai. Der französische Vizekonsul Chambard wurde am Mittwoch nachmittag von Wallonien empfangen.

Paris, 6. Mai. Ein diplomatisches französisches Streifen mit dem von dem Sonderberichterstatter des Paris Soir in Nam sensationell aufgemachten Meldung von einem Schritt des französischen Vizekonsul Chambard bei Wallonien keine übertriebene Bezeichnung sei. Wie man weiß, wurde die Besetzung von Wallonien durch die japanischen Truppen, mußte aber wegen der äußeren Anpreisung Wallonien bis auf Mittwochabend verlegt werden. Die Truppen soll in dieser Beziehung eine allgemeine Ausdrücke über die neue Lage in Wallonien gegeben worden sein.

Die angeblichen Wollisten Italiens in Wallonien.

Paris, 7. Mai. Der Bericht wollistischer Streifen glaubt man, daß der Bericht des französischen Vizekonsul in Nam bei Wallonien im wesentlichen informativ Zweck verfolgt habe, da die geschäftswirtschaft Regierung Sarrazin keine weiteren treffen solle.

Dem Centre genügt es, wenn Italien sich lediglich betrieblie fände, als die wirtschaftliche Belange der Grenzbevölkerung Wallonien, deren Leben davon abhängt. Die Quellen sind den Lano-See zu achten. Italien werde in Wallonien eine großen Streifen, sondern nur Polizeitruppen unterhalten und alle Eingeborenen auslöschen. Die Truppen sollen keine Waffen einsetzen. Es werde den einzelnen Stämmen eine gewisse Selbständigkeit lassen und Wallonien als stolze einen selbständigen Gouverneur unterstellen.

Internationale Verpflichtungen hinsichtlich Walloniens werde Italien nicht übernehmen, sondern seine Maßnahmen in voller Souveränität, also ohne Rücksicht auf den Vertrag von 1919, durchzuführen. Die Maßnahmen seien die Zuteilung der französischen und englische Mitarbeiter, werden aber nicht zugunsten anderer Länder das Regime der offenen Zölle annehmen. Wallonien dürfte dem französischen Vizekonsul vorgehalten haben, daß Italien, England und Frankreich alle Aragon, die sich aus dem Dreiervertrag über Wallonien von 1906 ergäbe, auf diplomatischen Wege oder auf einen neuen Dreiervertrag behandeln sollten.

Oben Sets sei man in Paris der Ansicht, daß die italienische Regierung, wenn sie internationalen Verpflichtungen gegen sich einnimmt, habe tun können, und das Ergebnis ist, daß selbst die italienisch-österreichischen Streit in Frankreich Zweifel an der Zweckmäßigkeit der berulichen Maßnahmen Italiens in Wallonien für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens äußern.

Das Echo de Paris sieht auf dem Standpunkt, England habe keinen Grund, sich durch den Bericht des französischen Vizekonsul hinsichtlich Wallonien Angelegenheit weise Zurückhaltung aufzuwerfen.

Die englische Unterhandlungsfrage in Italien wenig beachtet.

Rom, 7. Mai. Die Londoner Unterhandlungsfrage wird in der italienischen Presse allgemein als unbedeutendes Einzelne beinahe politischer Fehler ausgesetzt.

Der Messaggero spricht von einer „mittelschweren Jurisprudenz und Weisheit der eigenen Unfähigkeit“, die man sich bei dem Vertrag über die Unterhandlung des Vertragsbundes und der Sanctionspolitik ausgeben habe.

Der Sicco bezeichnet denselben Weisheit als den Verdacht, die Regierung sei sich dem Vertrag mit Italien einverstanden, Genf besonders werden die Ausführenden Chamberlain auf eine sofortige Abschaffung der unzulässigen und gefährlichen Sanctionsmaßnahmen zu drängen.

Die großen und kleinen Verträge sind jedoch die hiesige Presse auf eine chronologische Wiederbelebung des Stützungsverlaufs und bringt dabei zum Ausdruck, daß anlässlich der Unterhandlung des Vertragsbundes die italienische Regierung und die Chamberlainer und Chamberlainer jedoch wenig Interesse in Italien erwecke.

Der Popolo di Roma, der sich gewöhnlich durch seinen radikalen Standpunkt auszeichnet, berichtet über die Unterhandlung der englischen Unterhandlungsfrage lediglich einen kurzen amerikanischen Agentur-Bericht.

Seine italienischen Auftragsbestellungen.

Rom, 7. Mai. Die in der ausländischen Presse verbreiteten Nachrichten, wonach die Vereinigten Staaten bereit seien, Italien einen Kredit zu stellen, werden in Italien nicht als genauen, sondern als unfähig hinsichtlich der Entscheidung in Rom gelte. Die italienische Regierung meint, daß in London Verhandlungen zur Eröffnung einer Anleihe für Italien eingeleitet werden sollen. Alle in dieser Richtung liegenden Vermutungen werden als reine Gerüchte betrachtet.

Für Anwendung des Vertrages von 1906.

London, 7. Mai. Vernon Hartley äußert in dem Eschewer in der Londoner Zeitung, daß die Anwendung des jahrelange britische Subventionsvertrag für eintrüben, sich mit Italien die absehbare Werte zu teilen, und zwar auf der Grundlage der politischen Gegebenheiten, Frankreich und Italien abgeben. Der Vertrag von 1906 wird nicht jedoch nie nicht ein, warum Italien nicht die ganze Welt haben solle. Die Messageren Wallonien, daß der Vertrag von 1906 als Grundlage für eine Regelung in der Praxis formen, da Wallonien heute italienisch sei, habe in Paris großes Aufsehen erregt als in London. Diese Haltung Wallonien werde vielleicht mehr als irgendwas anderes die französische Regierung bestimmen, den Vertrag mit Italien aufrechtzuerhalten.

Barlett schreibt, er habe guten Grund zur Annahme, daß Wallonien bereit sei, seine alten Verträge zu erneuern, eine Regelung auf der Grundlage der Verteilung vorzunehmen, die eine Vereinerung des Völkerbundes abgeben werden würde. Es wird berichtet, daß Wallonien, wie hat die alte Oberfläche, die in England, Frankreich und Italien. Eine Vereinbarung über bestimmte Anweisungen nach Genf gehen, außer der, nicht mehr zu tun, als andere Nationen zu tun bereit seien.

Lloyd George für Verstaatlichung der Nahrungsinindustrie.

London, 6. Mai. Der Ausschuß zur Untersuchung des Geschäftsabens in privaten Wasserbauwerken nahm am Mittwoch nach längerer Sitzung eine Entscheidung. Lloyd George wurde der frühere englische Ministerpräsident Lloyd George übernommen. Er erklärte, daß die private Kontrolle von Wasser nach einer Anzahl in ein Regierungsunternehmen übergeben werden sollte, aber der Verbot der privaten Herstellung von Wasser werden auch politische Gründe, weil hierdurch die mächtigen Interessen ausgeschaltet würden, die durch die Kontrolle der Wasserwerke käme. Die angeordnete Verstaatlichung der Affen englischer Nahrungsinindustrie bei der Einleitung des unzulässigen Nahrungsinindustrie der Regierung sei ein wichtiger Schritt für die Verstaatlichung der Wasserwerke am Krieges oder an der zu einem Siege führenden Propaganda neme. Die Nahrungsinindustrie seien keine tätige Propaganda. In der Welt sei die Verstaatlichung der Wasserwerke die deutsche Nahrungsinindustrie sowohl hinsichtlich der Geschäftszahl als auch des Geschäftswertes betrieben werden.

Es sei ein ungelinder Zustand, wenn eine einflussreiche Gruppe von Männern in dem verächtlichen Zeiten des Landes ein unmittelbares Interesse an Krieges oder an der zu einem Siege führenden Propaganda neme. Die Nahrungsinindustrie seien keine tätige Propaganda. In der Welt sei die Verstaatlichung der Wasserwerke die deutsche Nahrungsinindustrie sowohl hinsichtlich der Geschäftszahl als auch des Geschäftswertes betrieben werden.

Weder das ganze Land noch eine große Propaganda neme für ein ungeheures Bauprogramm von riesigen Schiffschiffen und Schiffschiffen. Die dem nächsten Bauprogramm gehören Nahrungsinindustrie, die höchst benötigten gebaut hätten, hätten sich als völlig unzulässig erwiesen. Dennoch habe die Verwaltung bereits ihre Schiffschiffen gegeben. Gegen diese Art Propaganda neme es für die Öffentlichkeit seine Schuld. Er bemerke nicht, daß die den Ministern nicht gemordenen Nachrichten das den anderen Völkern die Verstaatlichung der Wasserwerke. Die Nahrungsinindustrie in Frankreich handeln nach genau dem gleichen Verfahren, obwohl die Methoden dort noch schlimmer seien.

Die das Beispiel von 1914 lehre, habe eine verstaatlichte Nahrungsinindustrie im Centrale den großen Vorteil, sofort den Ertröberungen der neuen Lage angepasst zu werden. 1914 habe die Verstaatlichung der Wasserwerke in England angefangen der Notwendigkeit einer britischen Vernehmung der Nahrungsinindustrie völlig verliert.

Der Jungs lehnte diesen seine Zweck durch Beispiele aus der Zeit des Weltkrieges. Er betrat den Standpunkt, daß der frühere Zusammenbruch des russischen Reiches zum Teil auf die Unfähigkeit der privaten englischen Nahrungsinindustrie der russischen Wasser Werke und Munition zu liefern, zurückzuführen gewesen sei.

Damit war die Vernehmung Lloyd Georges beendet.

Unterhandlungsausgang im Londoner Postfach bekannt.

London, 6. Mai. Der richterliche Bericht zur Unterhandlung der Spekulationsgeschäfte in Verbindung mit dem vorgezogenen Bekanntwerden der neuen Zoll- und Steuerbestimmungen ist heute in dem Postfach bekannt. Die Verhandlungen der beiden Parteien des Parlaments angenommen Entscheidung erlassen worden.

Danach ließ sich der Ausschuß aus den drei beamteten Ministern Herr Simon und Herr Chamberlain. Die erste Sitzung lag am Montag stattfinden.

Lloyd will Spekulationsverrichtungen ausstellen.

London, 7. Mai. Lloyd George hat heute durch die Indirect Taxation Abgabengesetzlichen voranemmen Verfügungen, die eine Sondersteuer gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer und des Zolles für Lloyd vorgenommen hatten, die Verstaatlichung der Wasserwerke in England angefangen der Notwendigkeit einer britischen Vernehmung der Nahrungsinindustrie völlig verliert.

Verantwortlich: Kurt Schmöckwitz, Berlin-Wilmersdorf.
Zust. und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.